

CORONAVIRUS: Die Maßnahmen gegen die Ausbreitung der Pandemie werden langsam gelockert / Überwiegend positive Reaktionen



DIE KRISE UND ICH

**Uwe Lückgen, 63,
Zahnarzt aus Sandhausen**

Unser Praxisalltag hat sich durch die Corona-Pandemie sehr stark verändert. Die in den Zahnarztpraxen ohnehin sehr hohen Hygienestandards wurden zum Schutz unserer Patienten und des Praxistams bei uns nochmals verstärkt. Es wird streng auf die Einhaltung der empfohlenen Sicherheitsabstände geachtet. Es wird bei jedem Patienten Fieber gemessen.

Gründliches Händewaschen und Händedesinfektion sind für unsere Patienten obligatorisch. Patienten werden meist sofort in ein freies Behandlungszimmer gesetzt.

Die Corona-Verordnung des Staatsministeriums Baden-Württemberg hat die Behandlung auf akute Behandlungen und Schmerzzustände beschränkt. Verschiebbare Behandlungen wie etwa professionelle Zahneinrichtung und Vorsorgeuntersuchungen sollen zurückgestellt werden. Der größte Teil unserer Patienten hat sich in unserem Recall-System erfassen lassen und wird bei einem fälligen Vorsorgetermin benachrichtigt. Seit Inkrafttreten der Corona-Verordnung Mitte März lassen wir dieses System ruhen. Weil das Arbeitsaufkommen in unserer Praxis in Sandhausen seither stark zurückgegangen ist, haben wir unser Team jetzt in zwei Gruppen aufgeteilt, die im Wechsel eine Woche arbeiten und dann eine Woche frei haben. Wir haben vorsorglich Kurzarbeit angemeldet.

Der starke Behandlungsrückgang ist natürlich auch mit einem erheblichen Umsatzerlösen verbunden. Ein ganz großes Problem stellt die Versorgung der Praxen mit Schutzausrüstung dar. Wir sind in der glücklichen Lage, uns frühzeitig mit Schutzmaterial eingedeckt zu haben. Mittlerweile ist es kaum noch möglich, über den freien Handel diese Ausrüstung zu bekommen. Dies kann letztlich sogar dazu führen, dass Praxen aufgrund fehlender Schutzausrüstung die Behandlung komplett einstellen müssen. Die Behandlung von positiv getesteten Patienten erfolgt ohnehin in dafür eingerichteten Schwerpunktpraxen.

Über die dafür benötigte Schutzausrüstung verfügen wir und auch die allermeisten Zahnarztpraxen gar nicht. *jetb* (BILD: ZAHNARZTPRAXIS DRES. LÜCKGEN)

In dieser Serie stellen wir Menschen vor, die vom Coronavirus und seinen Auswirkungen besonders betroffen sind.

Handel: Kleine und mittlere Geschäfte dürfen öffnen / ZEW-Präsident Wambach für mehr Individualität bei weiteren Entscheidungen

„Konsum wieder anregen“

Von Miray Caliskan

Mannheim. Es ist die richtige Entscheidung, dass die Politik vorsichtig vorgeht und Geschäfte nur schrittweise wieder öffnen lässt, sagt Achim Wambach, Präsident des Mannheimer Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung. Doch viele Fragen bleiben.

Herr Wambach, Geschäfte bis zu 800 Quadratmeter Ladenfläche dürfen unter Auflagen wieder öffnen. Wie finden Sie das?

Achim Wambach: Es ist eine epidemiologische Entscheidung. Die Politik möchte die Ausbreitungsrate unter einem bestimmten Niveau halten – eben auch mit Kontaktbeschränkungen. Die zum jeweiligen Zeitpunkt richtigen Maßnahmen zu finden, ist ein schwieriger Prozess. Was ich mir gewünscht hätte, ist, dass die Regierung weniger auf Regeln wie die 800-Quadratmeter-Grenze zugegriffen, sondern die Kreativität der Unternehmen mehr einbezogen hätte. Warum sollten die Geschäfte nicht selber einen Corona-Plan entwickeln oder einen Hygienebeauftragten anheuern und diese dann zum Beispiel einem Gewerbeamt vorlegen?

Wieso wäre das besser?

Wambach: Das eine 800-Quadratmeter-Geschäft hat vielleicht viele enge Gänge, das andere weite. Das eine Geschäft benutzt Einkaufswagen, die lang sind und viel Platz einnehmen, das andere vielleicht gar keine. Die Gegebenheiten bei jedem einzelnen Unternehmen sind doch sehr individuell. Insofern ist es vielleicht im ersten Schritt richtig, so eine Pauschalregel zu treffen. Im zweiten Schritt wäre es sehr gut, wenn man die Unternehmen mit ihren Besonderheiten miteinbezieht.

Mehr Individualität also. Hätte es bei der Lockerung eine wichtigere Rolle spielen müssen, ob die Läden – klein oder groß – ihre eigenen Schutzkonzepte einhalten?

Wambach: Auf jeden Fall. Es ist doch so: Die Betriebe wollen und müssen ihre Mitarbeiter schützen – schon immer. So ziemlich jeder hat seinen eigenen Krisenstab entwickelt und Maßnahmen überlegt, wie man die Pandemie am besten bewältigen kann, ohne das Infektionsrisiko zu erhöhen. Beschäftigte wurden ins Homeoffice geschickt, andere haben geschaut, dass etwa immer dieselben Mitarbeiterteams in Schichten arbeiten. Wenn es dann zu einer Infektion kam, musste nicht die ganze Belegschaft in Quarantäne, sondern nur dieses Team. Jedes Unternehmen musste also seine eigenen Hausaufgaben erledigen. Das hätte durchaus bei der Entscheidung von Bund und Ländern eine wichtige Rolle spielen können.

Viele Branchen wie Restaurants, Theater oder Fitness-Center blei-



Läden, die größer als 800 Quadratmeter sind, müssen länger geschlossen bleiben. Hier ist ein Kaufhaus in Ulm zu sehen. BILD: DPA

ZEW-Präsident

■ Achim Wambach



(Jahrgang 1968) ist Professor für Volks-

wirtschaftslehre an der

Universität Mannheim

und seit 2016 Präsident des Zentrums

für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW).

■ Wambach hat in Köln Physik und Mathematik studiert und habilitierte in VWL. Er beschäftigt sich mit Wettbewerbspolitik und Informationsproblemen auf Märkten. *mica* (BILD: ZEW)

ben weiterhin geschlossen. Ist der vorsichtige Schritt vonseiten der Politik richtig oder hätte man gewagter vorgehen können?

Wambach: Das Risiko, das wir zu schnell marschieren, ist sehr hoch. Es ist also durchaus sinnvoll, dass die Regierung mit einer angezogenen Handbremse vorgeht. Aber die Fragen, wann die anderen Sektoren wieder öffnen dürfen, werden bleiben. Und viele weitere sind noch offen. Zum Beispiel, wie die Menschen, die jetzt wieder arbeiten dür-

fen, mit dem Nahverkehr an ihren Arbeitsplatz kommen, ohne dass die Bahnen und Busse überfüllt werden und damit wieder das Risiko einer Infektion steigt.

Viele Beschäftigte beziehen Kurzarbeitergeld und möchten in der Krise sparen statt shoppen. Könnte es sein, dass die Läden von der Öffnung gar nicht profitieren?

Wambach: Das wird sicherlich ein Thema sein. Geschäfte öffnen reicht nicht aus, auch die Kunden müssen kommen. Es wird ja schon über ein Konjunkturprogramm diskutiert. Die Regierung hat zunächst ein Stabilisierungsprogramm beschlossen: Unternehmen bekommen liquide Mittel zur Verfügung gestellt und Kleinunternehmer sowie Selbstständige werden unterstützt – damit die Wirtschaft einigermaßen stabil bleibt. Um sie hochzufahren, muss jedoch der Konsum angeregt werden. In der Finanzkrise gab es dazu die Abwrackprämie, die dafür gesorgt hat, dass mehr Autos gekauft wurden. Jetzt wird überlegt, ob man die Teilabschaffung des Solidaritätszuschlags vorziehen sollte, damit die Haushalte mehr Geld in der Tasche haben – und dieses eben in den Konsum stecken.

Wie wichtig ist es, dass auch in anderen Ländern die Regeln bald geöffnet werden? Frankreich als wichtigster europäischer Handelspartner hat seine Beschränkungen ebenfalls bis in den Mai verlängert.

Wambach: Die EU sollte in jedem Fall gemeinsam und koordiniert vorgehen. Die Transportwege funktionieren ja, nur sind Lieferketten teilweise unterbrochen, da die Produktion eingestellt wurde. Es hilft ja nichts, wenn ein Land die Wirtschaft hochfährt, aber der Handelspartner zum Beispiel ein wichtiges Vorprodukt nicht liefern kann.

Was muss als Nächstes entschieden werden?

Wambach: Wir möchten ein kontrolliertes Hochfahren der Wirtschaft, ohne dass sich das Virus zu stark ausbreitet. Und dafür brauchen wir Daten. Viel mehr Daten. Wir brauchen ein besseres Verständnis, wie infektiös Covid-19 ist und wie man Ausbreitungsketten effizient unterbrechen kann. Die geplante Corona-App kann dabei sicher gute Dienste leisten. Auch ein Konjunkturprogramm wird kommen und helfen, dass wir mit nicht zu hohen wirtschaftlichen Verlusten aus der Krise wieder rauskommen.

REGIONALE STIMMEN

„Nachvollziehbar und sinnvoll“

Peter Kurz, Oberbürgermeister Mannheim: „Bund und Länder konnten sich auf eine gemeinsame Grundlinie verständigen und wollen die Abstimmungen auch in Zukunft gemeinsam vornehmen. Das ist sehr begrüßenswert und ist eine wichtige Voraussetzung der Akzeptanz. Dies ist grundsätzlich die richtige Balance. Auch die Entscheidung zurückhaltend in zwei Wochen und dann sehr abgestuft Schulen wieder zu öffnen, ist richtig.“

Stefan Dallinger, Landrat Rhein-Neckar-Kreis: „Ich begrüße das kontrollierte und langsame Wiederhochfahren von Gesellschaft und Wirtschaft und halte ein stufenweises Vorgehen in kleinen Schritten für den richtigen Ansatz. Damit können wir gewährleisten, dass unsere ersten zaghaften Erfolge bestätigt werden können. Gleichwohl appelliere ich weiterhin an die Verantwortung jedes Einzelnen – für sich, aber auch für andere. Daher werden noch eine Weile die wichtigsten Corona-Regeln sein, Abstand zu halten und die persönliche Mobilität auf das Nötigste zu beschränken. Auch das Tragen von Mund-Nasen-Schutzmasken hilft, die Ausbreitung des Virus einzudämmen.“

Jutta Steinruck, Oberbürgermeisterin Ludwigshafen: „Die Vereinbarungen sind nachvollziehbar und sinnvoll. Es ist wichtig, dass sich Bund und Länder auf einen strategischen Rahmen einigen. Dieser lässt Spielräume, gibt aber auch allen Bürgern und der Wirtschaft Klarheit und eine verlässliche Perspektive.“

Manfred Schnabel, Präsident IHK Rhein-Neckar: „Wir begrüßen das schrittweise Wiederanfahren der Wirtschaft durch Bund und Länder ab dem 20. April. Nicht nachvollziehbar ist jedoch, weshalb nur der Einzelhandel bis 800 Quadratmetern Verkaufsfläche und einige unabhängig von der Verkaufsfläche ausgewählte Sortimentsbereiche öffnen dürfen.“

Michael Kessler, Bürgermeister Heddesheim: „Es ist wichtig, dass es ein weitgehend gemeinsames Vorgehen in Deutschland gibt. So wird das für alle verständlicher. Trotzdem gibt es einen gewissen Spielraum für die Länder. Die Öffnung der Ladengeschäfte ist ein erster wichtiger Schritt, gerade auch für uns Kommunen und den örtlichen Einzelhandel.“

Manuel Just, Oberbürgermeister Weinheim: „Die Beschlüsse machen meines Erachtens zunächst eines deutlich, nämlich dass wir die Krise noch lange nicht überstanden haben, sondern dass diese uns über weite Teile des Jahres begleiten wird, und dass wir nicht müde werden dürfen die Menschen – insbesondere die Risikogruppen – weiterhin zu schützen.“

Edmund Keller, Vorsitzender des Ludwigshafener Einzelhandelsverbands: „Die Ladenöffnungen ab Montag sind ein notwendiger Schritt, um Schlimmeres zu verhindern. Die Grenzziehung für Läden bei 800 Quadratmetern halte ich für schwierig. Denn große Geschäfte brauchen eine rasche Öffnung ebenso dringend wie kleinere.“

Christian Engelhardt, Landrat Kreis Bergstraße: „Die schrittweise aber behutsame Rückkehr zur Normalität ist aus meiner Sicht der richtige Weg. Hinter uns liegt eine außergewöhnliche Zeit mit harten Maßnahmen. Jetzt müssen wir in klugen Schritten zur Normalität zurückzukehren, aber weiter alle notwendigen Maßnahmen beachten.“ *ham*

EU: Rücknahme der Einschränkungen soll besser koordiniert werden / Grenzen zwischen Mitgliedstaaten bleiben vorerst zu

Europäische Union plant „auf lange Sicht“

Von Detlef Drewes

Brüssel. Es gab keinen Zeitplan. Feste Daten für den Ausstieg aus den Einschränkungen wegen des Coronavirus wurden auch nicht genannt. „Auf lange Sicht“, sagte Ursula von der Leyen mehrmals. Die jetzt vorgelegte Strategie ihrer Behörde sei „nicht das Signal, dass mit dem Abbau der bestehenden Maßnahmen begonnen werden kann“, meinte die Kommissionspräsidentin am Mittwoch in Brüssel. Trotzdem wolle ihr Haus darauf drängen, dass die Schritte der EU-Partner „koordiniert“ ablaufen.

Das ist schwer genug. Nur wenige Stunden zuvor hatte der deutsche

Innenminister Horst Seehofer (CSU) die Grenzkontrollen um weitere 20 Tage verlängert. Schon am Montag verfügte Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron eine Ausweitung des Ausgehverbotes bis zum 11. Mai. In Österreich und anderen Ländern wurden dagegen erste Verbote wieder zurückgenommen. „Man darf nicht alle Mitgliedstaaten über einen Kamm scheren“, sagte von der Leyen gestern.

Dennoch will die EU-Kommission Leitlinien vorgeben, an die die Regierungen sich halten. Bevor die Rückkehr zur Normalität beginnen könnte, müsse die epidemiologische Situation durch Gutachten erfasst werden. Die nationalen Gesund-

heitssysteme sollten genügend Kapazitäten aufbauen, um nicht nur Covid-19-Patienten, sondern auch jene Menschen zu versorgen, die an anderen Krankheiten leiden. Außerdem müssten überall genügend Testmöglichkeiten geschaffen werden.

Treffen zu Impfstoff-Entwicklung
Die Hoffnung auf baldige Öffnung der innereuropäischen Grenzen sei allerdings verfrüht. Von der Leyen: „Auf lange Sicht muss die Reisefreiheit im Schengen-Raum aber wieder hergestellt werden.“ Eben: auf lange Sicht. Der Blick geht in die Zukunft. Für den 4. Mai hat die Brüsseler Behörde eine internationale Konferenz



Commission européenne
European Commission
Ursula von der Leyen will einen Marshallplan für die Zukunft. BILD: DPA

mit zahlreichen Stiftungen, staatlichen und privaten Institutionen wie der Hilfsorganisation des US-Microsoft-Gründers Bill Gates einberufen. Dann sollen Gelder für die Arbeiten an einem Impfstoff gesammelt werden, ein Serum, das „weltweit“ verfügbar sein soll. EU-Ratspräsident Charles Michel kündigte gleichzeitig an, dass sich die Staats- und Regierungschefs der Union bei ihrem virtuellen Gipfeltreffen in der nächsten Woche mit einer Wiederaufbau-Strategie befassen wollen. Dazu gingen die Arbeiten an der mittelfristigen Finanzplanung der Gemeinschaft für die Jahre 2021 bis 2027 weiter. Das Ziel sei „ein Marshallplan“, betonte von der Leyen.